

CWVG-Dialog

Magazin der CWG e. V. an der Fakultät für Wirtschaftswissenschaften der TU Chemnitz

ISSN 1610-8248 (Print) - ISSN 1610-823X (Internet)

AUSGABE 01/05, Februar 2005

HIV/AIDS in Osteuropa - Eine Herausforderung für nationale Regierungen

von Dipl.-Kffr. Diana Sonntag

Das Ausmaß der HIV/AIDS-Epidemie ist gewaltig. Nach Schätzung des AIDS-Bekämpfungsprogramms der Vereinten Nationen (UNAIDS) und der Weltgesundheitsorganisation (WHO) wurde im Jahr 2004 mit rund 40 Millionen HIV-Infizierten ein neuer Höchststand erreicht.¹ Auch die Zahl der AIDS-Toten i.H.v. 3,1 Millionen ist so hoch, wie nie zuvor. Obwohl die Länder südlich der Sahara mit ca. 25 Millionen HIV-Infizierten das größte Inkubationsgebiet des HI-Virus sind, sollten Maßnahmen zur Kontrolle der HIV-Epidemie nicht nur auf dieses Gebiet fokussiert sein. Um die Transmission der Immunschwächekrankheit langfristig kontrollieren zu können, muss auch die Entwicklung in den Ländern betrachtet werden, in denen sich die HIV-Epidemie erst im Anfangsstadium befindet. Dieser Forderung wurde bisher aber kaum nachgekommen. Bereits im Jahr 1998 hat die Welt-Aids-Konferenz vor einem Ausbruch in Osteuropa gewarnt. Anstatt frühzeitig einen Ausbruch der Seuche zu verhindern, wurde die tatsächliche Situation verharmlost und vernachlässigt. Dies führte dazu, dass sich die Zahl der HIV-Erkrankten in den Ländern Osteuropas in den letzten Jahren fast verzehnfacht

hat. So waren Ende 2004 1,4 Millionen Menschen mit der Immunschwächekrankheit infiziert. Aufgrund der geografischen Nähe zu Westeuropa kann ein „Überschwappen“ der HIV/AIDS-Epidemie aus den Staaten der ehemaligen Sowjetunion auf das übrige Europa nicht ausgeschlossen werden. Um weitere Transmissionen des HI-Virus erfolgreich zu verhindern, müssen Regierungen effektive Gegenmaßnahmen entsprechend der zugrunde liegenden Situation ergreifen.

Die HIV/AIDS-Epidemie in den Ländern Osteuropas

Die Situation in den Ländern Osteuropas soll anhand des Bestandes an HIV-Infektionen, dem durchschnittlichen Verbreitungsgrad und der HIV-Neuinfektionen analysiert werden. Die Gesamtanzahl von HIV-Infektionen sowie die HIV-Prävalenz sind in der Tabelle 1 dargestellt. Die epidemieartige Entwicklung der HIV-Neuinfektionsraten wird aus der Abbildung 1 deutlich. Mit Hilfe dieser Daten können zwei Stadien der HIV/AIDS-Epidemie unterschieden werden.² Das Stadium wird aufkeimend genannt,

wenn weniger als fünf Prozent der höchst gefährdeten Individuen (Drogenabhängige, Prostituierte, Homosexuelle) mit der Immunschwächekrankheit infiziert sind. Die HIV/AIDS-Epidemie befindet sich in einem konzentrierten Stadium, falls die HIV-Prävalenz in einer oder in mehreren Sub-Populationen mehr als fünf Prozent beträgt, der Verbreitungsgrad unter HIV-Infizierten Schwangeren aber unter fünf Prozent liegt. In der Ukraine und in der Russischen Föderation beginnt sich die HIV-Epidemie bereits in der allgemeinen Bevölkerung auszubreiten. Die Transmission des HI-Virus ist somit nicht mehr nur auf Sub-Populationen beschränkt. Die HIV/AIDS-Epidemie in diesen Gebieten hat bereits ein konzentriertes Stadium erreicht. Die höchsten HIV-Neuin-

INHALT

HIV/AIDS in Osteuropa	1
Podiumsdiskussion	6
Alumnitreffen voller Erfolg	7
Weiterbildung für Führungskräfte	7
Wirtschaftswiss. Fakultät wird immer internationaler	8
Stärken und Schwächen Rumäniens auf dem Weg zur EU	8
29. Workshop der Kommission „Organisation“ der TU Chemnitz	9
Vorankündigung 3. Chemnitzer Symposium	10
„Tag der offenen Tür“ an der TU Chemnitz	10
Neuerscheinungen Schriftenreihe CWG	10
Arbeitspapiere Fakultät WiWi	11
Verstärkung der Redaktion	11
Zitate und Ökonomie	11
Veranstaltungstermine	12

¹ Vgl. im folgenden AIDS epidemic update: 2004.

² Vgl. im folgenden World Bank, Confronting AIDS: Public Priorities in a Global Epidemic.

		Gesamtzahl der Personen, die mit HIV/AIDS leben, pro Million Einwohner (2003)	Neuinfektionsrate pro Million Einwohner (2003)	durchschnittlicher Verbreitungsgrad unter Erwachsenen (2003)
Aufkeimende HIV/AIDS-Epidemie	Lettland	3.325	175	0,6%
	Weißrussland	1.218	72	0,5%
	Litauen	380	32	0,1%
Konzentrierte HIV/AIDS-Epidemie	Ukraine	7.476	206	1,4%
	Russische Föderation	6.039	276	1,1 %
	Estland	5.963	635	1,1%

Tabelle 1: Klassifikation ausgewählter osteuropäischer Länder entsprechend des Stadiums der HIV/AIDS-Epidemie.

Quelle: HIV/AIDS Surveillance in Europe, EuroHIV end-year report 2003, No. 70, Epidemiological Fact Sheet on HIV/AIDS and Sexually Transmitted Infections - 2004 Update, UNAIDS/UNICEF/WHO.

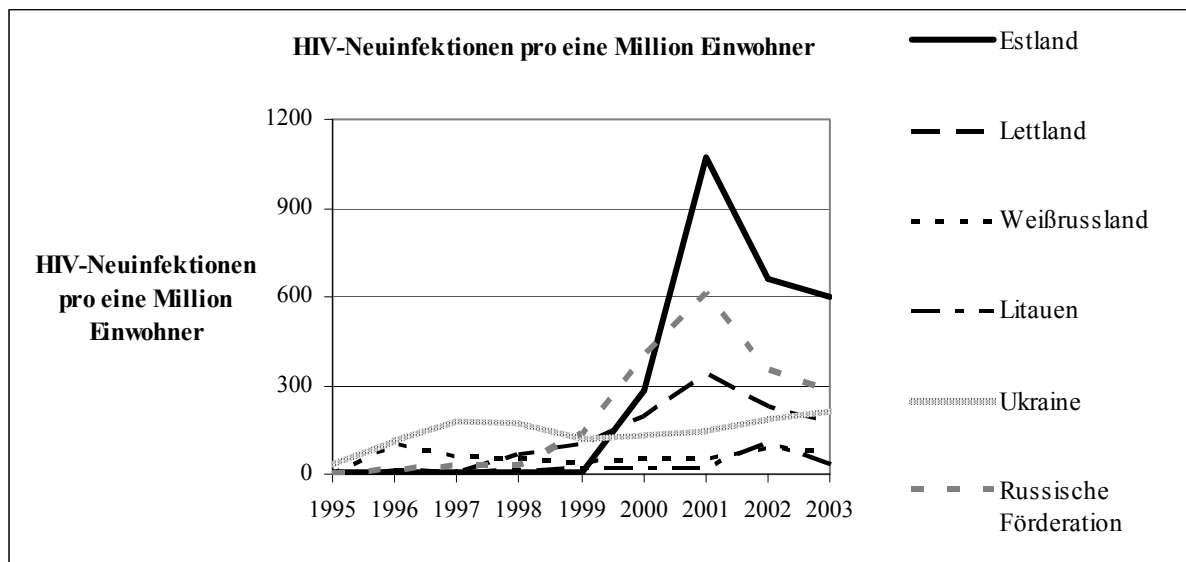


Abb. 1: HIV-Neuinfektionen pro Million Einwohner in ausgewählten osteuropäischen Staaten, 1995 - 2003.

Quelle: HIV/AIDS Surveillance in Europe, EuroHIV mid-year report 2003, No. 69 (2).

fektionen innerhalb von Europa treten in Estland unter Drogenabhängigen auf. Die HIV/AIDS-Epidemie hat auch in dieser Region das Anfangsstadium bereits überschritten.

Zunächst sollen einige osteuropäische Länder mit aufkeimenden HIV/AIDS-Epidemien analysiert werden. Anschließend wird die Situation in Ländern mit konzentrierten HIV/AIDS-Epidemien untersucht.

1. Aufkeimende HIV/AIDS-Epidemie

In einigen Ländern der ehemaligen Sowjetunion, wie z. B. in *Lettland*, Litauen und Weißrussland befindet sich die HIV/AIDS-Epidemie im Anfangsstadium. Innerhalb der Baltischen Staaten ist Lettland, nach Estland, am zweitstärksten von der HIV-Epidemie betroffen. Derzeit sind 3.325 Fälle pro eine Million Einwohner HIV-Positiv registriert. Ursache hierfür sind kontinuierlich steigende HIV-Neuinfektionen bis zum Jahr 2002. Die Rate der HIV-Neuinfektionen hat sich von 2,8 Fällen

pro 1 Million Einwohner (im folgenden 1 Mio. EW) im Jahr 1995 auf 223 Fälle pro 1 Mio. EW im Jahr 2002 erhöht. Erst in 2003 hat sich die Zahl der HIV-Neuinfektionen auf 175 Fälle pro 1 Mio. EW reduziert. Die HIV/AIDS-Epidemie hat sich in Lettland hauptsächlich unter Drogenabhängigen verbreitet. 72 Prozent aller HIV-Infektionen wurden bei lettischen Drogenabhängigen registriert.³ Da sich die Verbreitung der Immunschwächekrankheit auf einen be-

³ http://www.who.int/GlobalAtlas/PDFFactory/HIV/EFS_PDFs/EFS2004_LV.pdf.

stimmten Personenkreis beschränken lässt, sind sinkende HIV-Neuinfektionen im Jahr 2003 durch eintretende Sättigungsniveaus innerhalb dieses Personenkreises zu begründen.

Im Vergleich zu Lettland sind die HIV-Neuinfektionen i.H.v. 32 Fällen pro 1 Mio. EW in *Litauen* auf einem niedrigen Niveau. Die registrierten HIV-Infektionen sind jedoch in den letzten Jahren von 8 Fällen pro 1 Mio. EW (1997) auf 108 Fälle pro 1 Mio. EW (2002) kontinuierlich gestiegen. Erst im Jahr 2003 ist die Neuinfektionsrate auf 32 Fälle pro 1 Mio. EW gefallen.

Steigende HIV-Neuinfektionen wurden ebenso in *Weißrussland* registriert. Eine Ursache ist der verstärkte Pendlerverkehr zwischen Weißrussland und der Ukraine sowie der Russischen Föderation. Das Gebiet Gomel ist innerhalb von Weißrussland am stärksten von der HIV/AIDS-Epidemie betroffen. Das Gebiet grenzt im Osten an die Russische Föderation und im Süden an die Ukraine.

2. Konzentrierte HIV/AIDS-Epidemie

Die HIV/AIDS-Epidemie hat in der Ukraine, in der Russischen Föderation und in Teilen Estlands bereits das Anfangsstadium überschritten. Die *Ukraine* ist stark von der HIV/AIDS-Epidemie betroffen. Während im Jahr 2000 125 Fälle pro 1 Mio. EW neu registriert wurden, waren es im Jahr 2003 ca. 206 Fälle pro 1 Mio. EW. Dieser Anstieg von HIV-Erkrankten innerhalb weniger Jahre lässt eine schwerwiegende HIV/AIDS-Epidemie in der Ukraine vermuten. In einigen Sub-Populationen, z. B. bei Drogenabhängigen, beträgt die HIV-Prävalenz bereits über 5 Prozent. Es kann somit nicht mehr von einer aufkeimenden Epidemie, sondern es muss von einer konzentrierten Epidemie innerhalb der Ukraine gesprochen werden.

In der *Russischen Föderation* sind ca. 70 Prozent aller HIV-Infektionen Osteuropas und Zentralasiens registriert. In Russland leben derzeit 860.000 Menschen mit der Immunschwächekrankheit. Aufgrund der geografischen Ausbreitung Russlands und der unterschiedlich starken Besiedlung des Gebietes, muss diese Gesamtanzahl der HIV-In-

fektionen auf die Einwohnerzahl bezogen werden, um das Ausmaß der HIV-Epidemie in Russland und der Ukraine vergleichen zu können. Im Vergleich zur Ukraine, in welcher ca. 7.500 Fälle pro 1 Mio. EW mit der Immunschwächekrankheit leben, sind in der Russischen Föderation ca. 6.000 Fälle pro 1 Mio. EW HIV-Positiv registriert.

Der HI-Virus hat sich vor allem in Ballungszentren, wie z. B. Gebieten um Moskau, Petersburg, Kaliningrad und Irkutsk, verbreitet. Expansionen der HIV/AIDS-Epidemie in weitere Regionen sind somit nicht auszuschließen. Ersichtlich ist, dass die Anzahl der Neuinfektionen seit dem Jahr 2001 fällt. Während im Jahr 2001 610 Fälle pro 1 Mio. EW neuinfiziert wurden, waren es im Jahr 2003 276 Fälle pro 1 Mio. EW. In der Russischen Föderation entfallen 76 Prozent aller HIV-Neuansteckungen auf Drogenabhängige.⁴ Ein Großteil der infizierten Personen ist bereits getestet. Fallende HIV-Infektionen werden deshalb durch eintretende Sättigungstendenzen innerhalb bestimmter Sub-Populationen verursacht.



Dipl.-Kffr. Diana Sonntag

Die höchsten HIV-Neuinfektionen innerhalb der Staaten der ehemaligen Sowjetunion treten in *Estland* auf. Ende 2003 wurden 635 Fälle pro 1 Mio. EW registriert. Estland ist somit, neben der Ukraine und der Russischen Föderation, das am stärksten von der HIV/AIDS-Epidemie betroffene Land. Dies ist auf den explosionsartigen Anstieg der

4 http://www.who.int/GlobalAtlas/PDFFactory/HIV/EFS_PDFs/EFS2004_RU.pdf.

Neuansteckungen bis zum Höhepunkt, mit ca. 1.100 Fällen pro 1 Mio. EW, im Jahr 2001 zurückzuführen. In den Folgejahren hat sich die Zahl der HIV-Neuansteckungen reduziert. Die HIV/AIDS-Epidemie hat sich in Estland vorwiegend unter Drogenabhängigen verbreitet. 90 Prozent aller HIV-Infektionen wurden unter Drogenkonsumenten registriert.⁵ Da sich die HIV-Epidemie hier auf einen bestimmten Personenkreis einschränken lässt, sind sinkende HIV-Neuinfektionen mit eintretenden Sättigungsniveaus zu begründen. Die Mehrheit der Drogenabhängigen ist bereits auf ihren HIV-Status getestet.

Wie sollten nationale Regierungen eingreifen?

Da sich der HI-Virus in den Staaten des ehemaligen Ostblocks sehr unterschiedlich ausgebreitet hat, kann keine einheitliche Strategie zur Kontrolle von HIV/AIDS empfohlen werden. Jedes Land sollte in Analogie zur Diffusion des HI-Virus intervenieren. Dabei sollte es auf präventive und/oder kurative Gesundheitsmaßnahmen zurückgreifen.

1. Präventive Maßnahmen

Sind weniger als fünf Prozent einer Sub-Population mit der Immunschwächekrankheit infiziert, wie z. B. in *Lettland*, *Litauen* und *Weißrussland*, sind präventive Maßnahmen zu ergreifen. Diese sollten sich in erster Linie auf höchst gefährdete Individuen, wie Prostituierte bzw. Drogenabhängige, beziehen. Dadurch soll primär eine Expansion der HIV-Epidemie innerhalb dieser Sub-Populationen verhindert werden. Sekundär wird ein Übergreifen des HI-Virus auf die allgemeine Bevölkerung vermieden. Da die Immunschwächekrankheit in allen Ländern größtenteils durch den gemeinsamen Gebrauch nicht sterilen Injektionsbestecks übertragen wird, sollen sich präventive Maßnahmen auf Drogenabhängige beziehen. Sie sollten wissen, wie sich der HI-Virus verbreitet und wie Transmissionen durch den Gebrauch von sicherem Injektionsbesteck vermeidbar sind. Als ein weitergehender Schritt kann Methadon als Substitutionsmittel gegen körperliche Entzugerscheinungen bei Heroinabhängigkeit

5 http://www.who.int/GlobalAtlas/PDFFactory/HIV/EFS_PDFs/EFS2004_EE.pdf.

eingesetzt werden. Im Gegensatz zu Heroin wird Methadon oral als Tablette oder Tropfen eingenommen. Eine Übertragung des HI-Virus über das Blut wird somit verhindert. Erfahrungen aus den USA, den Niederlanden und aus Deutschland zeigen eine Verbesserung des körperlichen und physischen Gesundheitszustandes, eine Reduktion von HIV-Neuinfektionen, einen rückläufigen Konsum von illegalen Opiaten und eine verringerte Kriminalitätsrate.⁶ Der Erfolg von Methadon-Programmen ist kritisch zu beurteilen. Es gibt zwar weniger Drogenabhängige, die Heroin injizieren, die Anzahl derjenigen, die längerfristig abstinent sind, ist jedoch niedrig. Der reduzierte Heroinkonsum wird durch den Gebrauch von anderen Mitteln ersetzt. Eine soziale Reintegration von Drogenabhängigen ist schwierig, da die Betroffenen die Kontakte zur Drogenszene trotz staatlicher Interventionen selten abbrechen.

Massive präventive Maßnahmen müssen in der *Ukraine*, in der *Russischen Föderation* und in *Estland* durchgeführt werden, da sich die HIV/AIDS-Epidemie bereits in einem konzentrierten Stadium befindet. Das bedeutet, dass in einer oder in mehreren Sub-Populationen mehr als fünf Prozent mit der Immunschwächekrankheit infiziert sind. Präventive Maßnahmen sollten sich deshalb auf höchst gefährdete Individuen beziehen, da diese HIV primär verbreiten. In der *Ukraine* sind 18,7 Prozent aller Prostituierten mit dem HI-Virus infiziert.⁷ Ein ähnlicher Trend ist auch in der *Russischen Föderation* zu beobachten. Ca. 10 Prozent aller Prostituierten sind HIV-Positiv.⁸ Die HIV/AIDS-Epidemie beginnt sich jedoch in beiden Ländern auch außerhalb dieser Sub-Populationen auszubreiten. Erste Anzeichen existieren schon. In der *Russischen Föderation* haben sich die HIV-Neuansteckungen durch heterosexuelle Aktivitäten von 4,7 Prozent im Jahr 2001 auf 17,0 Prozent im Jahr 2003 erhöht. Aufklärungsmaßnahmen sollten somit auf die

gesamte Bevölkerung ausgedehnt werden. Dadurch können Sekundärinfektionen bei Prostituierten, Drogenabhängigen und zusätzlich innerhalb der breiten Bevölkerung vermieden werden. In *Estland* hat sich die Immunschwächekrankheit hauptsächlich unter jugendlichen Drogenabhängigen ausgebreitet. Im Gegensatz zur *Ukraine* und *Russland* existieren derzeit jedoch keine Anzeichen dafür, dass sich der HI-Virus außerhalb dieser Sub-Population ausbreitet. Präventive Maßnahmen sollten sich deshalb massiv auf Drogenabhängige beziehen, um in erster Linie Sekundärinfektionen innerhalb dieses Personenkreises zu verhindern.

Aufklärungsmaßnahmen können zwar das Bewusstsein für die Immunschwächekrankheit erhöhen, ob Individuen ihr risikoreiches Verhalten ändern werden, ist jedoch fraglich. *Warum verhalten sich Individuen, trotz Aufklärungsmaßnahmen, risikoreich? Wie können nationale Regierungen Anreize für Verhaltensänderungen induzieren?*

Der Gebrauch von sterilen Spritzen und Zubehör verhindert die Verbreitung des HI-Virus über das Blut. Durch die einmalige Benutzung des Injektionsbestecks können zusätzlich die Infektion und Erkrankung von weiteren Krankheiten, wie z. B. Hepatitis B und Hepatitis C, vermieden werden. Dennoch benutzen Drogenabhängige Spritzen und Zubehör mehrmals. Eine Ursache dafür ist, dass Drogenabhängige keinen oder einen beschränkten Zugang zu sterilem Injektionsbesteck besitzen. Nationale Regierungen sollten deshalb den Zugang zu sterilen Spritzen, Nadeln und Zubehör erleichtern. Eine Möglichkeit ist die Einführung von Nadel- und Spritzenaustauschprogrammen. Benutzte Nadeln und Spritzen könnten kostenlos oder für ein geringes Entgelt gegen steriles Injektionsbesteck umgetauscht werden. Nadel- und Spritzenaustauschprogramme sollten durch Substitutionstherapien, z. B. mit Methadon, ergänzt werden. Das Suchtverhalten von Drogenabhängigen kann dadurch kontrolliert werden. Kriminalität und Prostitution, um Drogen nachfragen zu können, werden vermieden. Langfristig wird die Transmission des HI-Virus über das Blut eingedämmt. In einigen Ländern, z. B. der *Russischen Föderation*, ist Methadon aber als illegale Droge gelistet. Dro-

genabhängige haben somit keinen Zugang zu Substitutionsbehandlungen. Um die Verbreitung der HIV/AIDS-Epidemie durch injizierenden Drogenkonsum zu verhindern, müssen substitutive Behandlungen gesellschaftlich und politisch anerkannt sein.

Der Gebrauch von Präservativen verhindert primär die Transmission der Immunschwächekrankheit. Zudem wird die Verbreitung anderer sexuell übertragbarer Krankheiten, wie z. B. Syphilis und Chlamydien vermieden. Der Gebrauch von Präservativen verursacht auch Kosten. Diese umfassen nicht nur den Preis von Präservativen, sondern auch intangible Kosten, wie z. B. das Gefühl der Verlegenheit beim Gebrauch von Präservativen. Übersteigen die anfallenden Kosten den Nutzen, der durch den Gebrauch von Präservativen entsteht, werden Personen auf geschützten Sexualverkehr verzichten. Nationale Regierungen sollten deshalb diese Kosten für den Gebrauch von Präservativen reduzieren. Präservative könnten in Apotheken oder Tankstellen kostenlos verteilt oder zu einem niedrigen, subventionierten Preis verkauft werden. Kritisch ist jedoch, dass selbst ein Preis von Null intangible Kosten nicht reduziert, falls der Gebrauch von Präservativen gesellschaftlich nicht akzeptiert ist. Da kommerzieller Sex in der *Russischen Föderation* und in der *Ukraine* die Verbreitung des HI-Virus stark beeinflusst, sollten staatliche Interventionen speziell auf Prostituierte und deren Klienten ausgerichtet sein. Um den Gebrauch von Präservativen zu erhöhen, könnten Präservative z. B. in Bars oder Hotellobbys verteilt werden.

Diese Maßnahmen besitzen das Potenzial, den Gebrauch von Präservativen bzw. die Benutzung sterilen Injektionsbestecks zu erhöhen. Es ist jedoch möglich, dass die empfohlenen Maßnahmen gesellschaftlich und politisch schwer durchzusetzen sind. Warum sollten die risikoreichen Aktivitäten von Prostituierten bzw. Drogenabhängigen durch die Bereitstellung von Präservativen bzw. steriler Spritzen und Zubehör unterstützt werden? Um Anreize für Verhaltensänderungen zu induzieren und somit den Gebrauch von Präservativen zu erhöhen, können nationale Regierungen stattdessen die Kosten für kommerziellen Sex erhöhen. Individuen werden durch diese

6 <http://suchtmedizin.info/methadon/methadon-heroin/tiemeier.htm><http://www.q4q.nl/methwork/guidelines/guidelinesde/frameguidelinesde.htm><http://www.bundesaerztekammer.de/30/Praevention/20Sucht/69EvSubst.pdf>.

7 http://www.who.int/GlobalAtlas/PDFFactory/HIV/EFS_PDFs/EFS2004_UA.pdf.

8 http://www.who.int/GlobalAtlas/PDFFactory/HIV/EFS_PDFs/EFS2004_RU.pdf.

Maßnahmen ihr risikoreiches Verhalten jedoch nicht ändern. Die Immunschwächekrankheit wird sich deshalb weiterhin ausbreiten. HIV-Infizierte Drogenabhängige und Prostituierte, die primär für die Verbreitung des HI-Virus verantwortlich sind, sind aber schlechter bzw. gar nicht epidemiologisch zu überwachen. Staatliche Maßnahmen, z. B. Aufklärungskampagnen, würden höchst gefährdete Personen nicht oder nur eingeschränkt erreichen. Die Erhöhung der Kosten für Drogenkonsum und kommerziellen Sex ist somit zwar gesellschaftlich und politisch leichter durchzusetzen als die Reduktion der Kosten für Drogenabhängige und Prostituierte. Der Gebrauch von Präservativen bzw. sterilem Injektionsbesteck wird dadurch aber nicht erhöht. Effektiver ist es deshalb, die Kosten für den Gebrauch von sterilen Spritzen und die Kosten für geschützten Sexualverkehr zu reduzieren.

2. Kurative Maßnahmen

Je weiter sich die HIV/AIDS-Epidemie ausbreitet, desto mehr Menschen werden mit der Immunschwächekrankheit infiziert. Deshalb sollten ergänzend zur Prävention *kurative Maßnahmen* eingeleitet werden. Derzeit ist AIDS nicht heilbar. Kurative Gesundheitsmaßnahmen können den Ausbruch der Krankheit nur verzögern, nicht verhindern. Dies geschieht durch sog. anti-retrovirale Medikamente, welche die Reproduktion des HI-Virus solange wie möglich unterdrücken. Russische Gesetze garantieren den freien Zugang zu diesen Medikamenten. Aktuelle Schätzung der Weltgesundheitsorganisation (WHO) belegen jedoch, dass ca. 2,5 Prozent derjenigen, die anti-retrovirale Medikamente benötigen, diese auch erhalten.⁹ Der Zugang zu anti-retroviraler Behandlung ist auch in anderen Ländern der ehemaligen Sowjetunion beschränkt. In der *Ukraine* erhalten nur 0,4 Prozent der HIV-Positiven eine entsprechende Behandlung, obwohl nach ukrainischem Gesetz freier Zugang für alle Erkrankten garantiert wird. In *Estland* haben ca. 18 Prozent der HIV-Infizierten Zugang zu anti-retroviralen Therapien. Eine Ursache für die eingeschränkte Inanspruchnahme von anti-retroviraler Therapie sind hohe Behandlungskosten.

9 <http://www.avert.org/aidsdrugs.htm>.

Diese liegen in der Russischen Föderation zwischen US \$ 5.000 p.a. und US \$ 12.000 p.a. pro Person. Dem steht ein jährliches Bruttonationaleinkommen pro Kopf i.H.v. US \$ 8.900 gegenüber.¹⁰ Sollten deshalb nationale Regierungen die Kosten für die Behandlung gegen HIV/AIDS subventionieren?¹¹ Sind weniger als 5 Prozent der höchst gefährdeten Individuen infiziert, ist eine Subventionierung der HIV/AIDS-Behandlung mittels nationaler Gesundheitsbudgets finanzierbar. In der *Ukraine*, in der *Russischen Föderation* und *Estland* sind bereits in einer oder in mehreren Subpopulationen mehr als 5 Prozent HIV-Positiv. Mit Voranschreiten der HIV/AIDS-Epidemie und steigender Anzahl der HIV-Erkrankten wird auch die Nachfrage nach subventionierter Behandlung gegen HIV/AIDS steigen. Da die zukünftige Belastung der Gesundheitsbudgets nicht ex-ante bestimmbar ist, sollten Regierungen Subventionen für die anti-retrovirale Behandlung gegen HIV/AIDS vermeiden.

Um den Einfluss der HIV/AIDS-Epidemie auf HIV-Infizierte, deren Familien und den Gesundheitssektor dennoch zu mildern, empfiehlt es sich alternativ, die Therapie von Tuberkulose zu unterstützen. Tuberkulose ist die häufigste Begleiterscheinung von HIV in Osteuropa. Die Ukraine ist von der HIV-Tuberkulose-Coinfektion besonders betroffen. Im Jahr 2003 waren 5,7 Prozent aller Tuberkuloseerkrankten auch HIV-Positiv.¹² Der Zusammenbruch der Infrastruktur im Gesundheitssektor und die Verschlechterung der Lebensbedingungen (schlechter Ernährungsstand, niedrige soziale Verhältnisse) haben die Infektion und die Erkrankung vieler Ukrainer zusätzlich begünstigt. Tuberkulose ist, im Gegensatz zu AIDS, grundsätzlich heilbar. Wird ein Tuberkuloseerkrankter erfolgreich behandelt, werden Sekundärinfektionen sowohl bei HIV-Infizierten, als auch bei HIV-Negativen Individuen vermieden. Im Gegensatz zur Immunschwächekrankheit könnten gleichzeitig mehrere Sekundärinfektionen verhindert werden. Durch eine bessere Gesundheitsvorsorge und

10 Zahlen beziehen sich auf das Jahr 2003.

11 Vgl. World Bank, *Confronting AIDS: Public Priorities in a Global Epidemic*.

12 Vgl. *Global tuberculosis control - surveillance, planning, financing*, WHO Report 2004.

einen uneingeschränkten Zugang zu Behandlungsmöglichkeiten kann die Transmission von Tuberkulose eingedämmt werden. Deshalb sollten Regierungen für Tuberkuloseerkrankte die Versorgung mit Medikamenten bis zum erfolgreichen Abschluss der Behandlung gewährleisten.

Fazit

Die Immunschwächekrankheit hat sich im Jahr 2004 global weiter ausgebreitet. In den meisten Ländern der ehemaligen Sowjetunion befindet sich die HIV/AIDS-Epidemie im aufkeimenden Stadium. Zurückgegangene HIV-Neuansteckungen in der Russischen Föderation und in den Baltischen Staaten sollten aber nicht fehlinterpretiert werden. Von einem Abflauen der HIV/AIDS-Epidemie kann derzeit nicht ausgegangen werden. Steigende HIV-Neuinfektionen in der Ukraine könnten auf eine Expansion der HIV/AIDS-Epidemie hinweisen. Staatliche Interventionen sind somit dringend erforderlich und umgehend einzuleiten. Nur durch Prävention und Zugang zu anti-retroviraler Behandlung kann die Entwicklung, die bereits in anderen geografischen Gebieten, z. B. Sub-Sahara Afrika, eingetreten ist und zu verheerenden Folgen geführt hat, verhindert werden. Doch genau hier liegt das Problem. Die Verbreitung des HI-Virus wird meist verharmlost und verdrängt. Drogenabhängige und Prostituierte, die eigentlich primär aufgeklärt und behandelt werden müssten, werden ausgegrenzt und diskriminiert. Erst wenn nationale Regierungen die vorhandene HIV/AIDS-Epidemie im eigenen Land akzeptieren, können sie effektive Gegenmaßnahmen ergreifen. Die eigene Ignoranz gegenüber der HIV/AIDS-Epidemie sollte deshalb endlich aufgegeben werden.

Literatur

- European Centre for the Epidemiological Monitoring of AIDS (Euro-HIV)/ WHO and UNAIDS Collaborating Centre on AIDS, HIV/AIDS Surveillance in Europe, mid-year report 2003, No. 69, Saint-Maurice.
- European Centre for the Epidemiological Monitoring of AIDS (Euro-HIV)/ WHO and UNAIDS Collaborating Centre on AIDS, HIV/AIDS Surveillance in Europe, mid-year report 2003, No. 69, Saint-Maurice.

rating Centre on AIDS, HIV/AIDS Surveillance in Europe, end-year report 2003, No. 70, Saint-Maurice.

- UNAIDS/WHO, AIDS epidemic update: 2004, Geneva.
- UNAIDS/UNICEF/WHO, Epidemiological Fact Sheet on HIV/AIDS and Sexually Transmitted Infections, 2004 Update.
- WHO, Global tuberculosis control - surveillance, planning, financing, WHO Report 2004.
- World Bank, Confronting AIDS: Public Priorities in a Global Epidemic (1997), Oxford.
- <http://www.avert.org/aidsdrugs.htm>
- <http://www.bundesaerztekammer.de/30/Praevention/20Sucht/69EvSubst.pdf>
- <http://www.q4q.nl/methwork/guidelines/guidelinesde/frameguidelines-de.htm>
- <http://suchtmedizin.info/methadon/methadon-heroin/tiemeier.htm>
- http://www.who.int/GlobalAtlas/PDFFactory/HIV/EFS_PDFs/EFS2004_EE.pdf
- http://www.who.int/GlobalAtlas/PDFFactory/HIV/EFS_PDFs/EFS2004_LV.pdf
- http://www.who.int/GlobalAtlas/PDFFactory/HIV/EFS_PDFs/EFS2004_RU.pdf
- http://www.who.int/GlobalAtlas/PDFFactory/HIV/EFS_PDFs/EFS2004_UA.pdf

Podiumsdiskussion über die Arbeitsmarktbedingungen in Deutschland

von Katja Drechsel

Am 20. November 2004 fand im Rahmen des ersten Ehemaligentreffens unserer Fakultät eine Podiumsdiskussion zum Thema „Entwicklung von Arbeit und Arbeitsmarkt“ statt. Unter der Leitung von Herrn Ulrich, dem Freie Presse Ressortleiter für Wirtschaft, diskutierten Vertreter aus Wirtschaft, Politik und unserer Universität dieses weitreichende Thema.

Im Mittelpunkt standen dabei die aktuelle Arbeitsmarktsituation der Region Chemnitz und Südsachsen und die bevorstehenden Änderungen in den kommenden Jahren, bedingt durch strukturelle Änderungen wie auch die Bildungssituation der jüngeren Generationen. Mit einer Arbeitslosenquote von 17 bis 20 Prozent, trotz einer ähnlich hohen Erwerbstätigkeitsquote wie in Westdeutschland, wird besonders über das Fehlen junger Fachkräfte geklagt. Herr Dr. Behr vom Lehrstuhl für Personal und Führung argumentierte anhand seiner durchgeführten Befragungen, welche zeigen, dass die Jugendlichen heutzutage nach sicheren Arbeitsplätzen streben. Sie bevorzugen z. B. Berufe des öffentlichen Dienstes und sind der Industrie weniger zugetan. Er spricht von einer „mental Deindustrialisierung“, da nach der Wiedervereinigung zahlreiche Industriezweige abgebaut wurden und das zu vermehrter Arbeitslosigkeit in der Generation ihrer Eltern führte.

Die Vertreter aus der Wirtschaft, Herr Vomhof (Siemens AG) und Herr Müller (IMM Holding GmbH), sehen auch weiterhin Chancen in der Entwicklung des technischen Know-hows, vor allem durch eine effiziente Ausbildung in den Betrieben und durch Anreize, wie Werkstudenten-Jobs und Praktika. Sie kritisierten aber die Grundausbildung der Jugendlichen, die, wie auch die PISA-Studie zeigte, mangelhaft ist, und außerdem die 16 unterschiedlichen Schulsysteme in Deutschland, welche u. a. einen Grund für die geringe Mobilität, vor allem auch von West nach Ost, darstellen.

Dass Schulsysteme auch weiterhin einen festen Bestandteil in der Politik einnehmen werden, machte CDU-Landtagsmitglied P. W. Patt deutlich. Er persönlich argumentiert aber, dass auch die Politik nur ein Teil der Gesellschaft ist und es Aufgabe der Gesellschaft ist, richtig auf die schlechte Arbeitsmarktsituation zu reagieren. So fordert er eine frühzeitige Förderung von Talenten und Begabungen der Kinder, um somit eine spätere Spezialisierung und die Ausbildung von Fachkräftepotential zu ermöglichen.

Ganz ökonomisch betrachtet Prof. Dr. John das diskutierte Problem des Fachkräftemangels. Für ihn ist dieser sehr „unscharfe“ Begriff kein Problem jüngerer Zeit, auch nicht unserer Region oder Deutschlands. Er argumentiert mittels des wirtschaftlichen Scheinzyklustheorems, welches die Zeitverzögerungen erklärt, die zwischen Ausbildung und Anwendung des Wissens entstehen. In einem vielschichtigen System, in dem die Ursachen des Arbeitsmarktproblems kreislaufartig auf andere geschoben werden und über Veränderungen der Arbeitsmarktlage in der Zukunft nur spekuliert werden kann, fordert er eine bessere Zielformulierung, welche auch umsetzbar ist.

Neben der allgemeinen demographischen Entwicklung wird Deutschland nach Herrn Behr vor allem durch die Abwanderung von qualifizierten jungen Frauen immer mehr zum „Herd der Vergrößerung“. D. h., neben der herrschenden Arbeitslosigkeit können entstehende Kosten nicht gedeckt werden, und somit wird eine dauerhafte „Schrumpfungszession“ eintreten. Letztlich zeigte jedoch Herr Müller auf, dass sich zu viel Diskussion um die Arbeitsmarktsituation als unnötig erweist und auf diese Weise nicht zum Ziel führt. Repräsentativ machte er mit seinem Unternehmen deutlich, dass es trotz der allgemeinen schlechten Arbeitsmarktbedingungen durch die Entwicklung von Nischenprodukten und eine gute Zusammenarbeit auf „Vermarktungsplattformen“ möglich ist, das Erfolgspotential und somit die Zahl der Beschäftigten zu erhöhen.

Erstes Alumnitreffen der Fakultät für Wirtschaftswissenschaften: Voller Erfolg - weitere Treffen geplant

von Dr. Hansjörg Gaus

Vom 19. bis 21. November 2004 fand das erste Alumnitreffen der Fakultät für Wirtschaftswissenschaften der Technischen Universität Chemnitz statt. Insgesamt mehr als 60 ehemalige Studierende, Mitarbeiter und Professoren trafen sich in diesem Rahmen zu verschiedenen Veranstaltungen.

Begonnen hatte das Treffen am Freitagabend mit einem zwanglosen „get together“ in Friedrichs Brauhaus auf dem Kaßberg, wo für einige Stunden bei Bier und deftigen Gerichten für die früh Angereisten und die Chemnitzer vor allem der Austausch über die Erfahrungen der Alumni nach ihrem Studium und die Entwicklung der Fakultät im Mittelpunkt standen.

Der Samstag, als der eigentliche Tag des Treffens, wurde am späten Vormittag mit zwei Führungen durch das neue Industriemuseum an der Zwickauer Straße bzw. über den Kaßberg begonnen. Daran schloss sich am Nachmittag eine vom Publikum rege angenommene und engagiert kommentierte Podiumsdiskussion zum Thema „Die Entwicklung von Arbeit und Arbeitsmarkt“ an (siehe dazu den entsprechenden Bericht auf Seite 6 in dieser Ausgabe des CWG-Dialogs). Den geselligen Höhepunkt bildete schließlich die Abendveranstaltung in den Räumen des Clubs TAC in der neuen Mensa Reichenhainer Straße, die umrahmt von einem reichhaltigen Buffet insbesondere die vertiefte Möglichkeit zum lockeren Gespräch bot. Da nicht alle Teilnehmer um ein Uhr nachts schon müde waren, fand noch eine spontane Fortsetzung in einer Innenstadtkneipe statt.

Am Sonntag schließlich trafen sich die Unentwegten zunächst noch zum gemeinsamen späten Frühstück im Alex am Markt und nachmittags fand in der Unisporthalle am Thüringer Weg die legendäre Fußballpartie zwischen „Rüt-

gers Club“ (Mitarbeiter) und den „Verfolgten des Prüfungsamtes“ (ehemalige Studierende) statt.

Teilnehmer und Veranstalter sind sich einig: Dieser erste Versuch war ein voller Erfolg. Weitere Treffen sollen folgen, worüber möglichst frühzeitig informiert werden wird - angedacht ist derzeit für 2005 das Wochenende 11. - 13. November. Da es sich nicht als einfach erwiesen hat, aktuelle Adressen für die gezielte Einladung zu ermitteln, bitten wir weiterhin um Mithilfe bei der Motivierung ehemaliger Kommilitonen, sich über die Homepage der Fakultät in unsere Datenbank einzutragen. Natürlich sind wir auch sehr interessiert an Ihren Gedanken und Wünschen zum Ablauf und Programm zukünftiger Treffen sowie zur Entwicklung unseres Alumninetzwerks.

Auf Wiedersehen beim Alumnitreffen 2005!

Weiterbildung für Führungskräfte

Mit dem Master- und Weiterbildungsstudiengang Wissensmanagement hat die Chemnitzer Universität Neuland betreten

von Prof. Dr. Peter Pawlowsky
Professur Personal & Führung

Eine Herausforderung für das deutsche Hochschulsystem wird darin bestehen, Studiengangsmodelle zu entwickeln, die an vergleichbare Modelle der postgradualen Masterprogramme angelsächsischer Hochschulen bzw. Business Schools anschlussfähig sind. Einen möglichen Ansatzpunkt bietet hier der an der Technischen Universität Chemnitz bereits etablierte Studiengang „Executive Master of Knowledge Management“ - der Masterstudiengang Wissensmanagement - da hier interaktive, gruppenorientierte und fallbasierte Studienangangsmodule analog zu angelsächsischen Modellen des „Master of Business Administration“ eingesetzt werden.

Die TU Chemnitz hat hierbei in mehrfacher Hinsicht Neuland betreten: Zum einen handelt es sich um einen Weiterbil-

dungsstudiengang. Die Teilnehmer sind Fach- und Führungskräfte aus Industrie und Verwaltung, die einmal im Monat aus allen Teilen Deutschlands und zum Teil sogar aus der Schweiz und Österreich nach Chemnitz kommen. Außerdem wurde der Masterstudiengang Wissensmanagement als erster Studiengang an der Chemnitzer Universität akkreditiert. Schließlich wird dieser seit seinem zweiten Jahrgang von der universitätsnahen Agentur TUCed GmbH im Auftrag der Chemnitzer TU kommerziell am Weiterbildungsmarkt angeboten und bildet somit die Basis für neue Weiterbildungsstudiengänge, die in Zukunft entstehen können.

Damit wertvolle Erfahrung erhalten bleibt

Die Motivation für Fach- und Führungskräfte, neben der Arbeit die Anstrengungen des Weiterbildungsstudiums auf sich zu nehmen, bringt der Teilnehmer des zweiten Jahrgangs Arnd Becker auf den Punkt: „Damit wertvolles Know-how und Erfahrung von Wissensträgern nicht durch Fluktuation oder Umstrukturierungen verloren gehen, ist die Entwicklung eines effizienten Knowledge Managements von großer Bedeutung. Die praxisnahe Gestaltung der Professoren aus den einzelnen Studienmodulen geben reichlich Anregungen und praktische Beispiele, die zur Umsetzung im eigenen Tätigkeitsbereich und darüber hinaus animieren. Gerade in meinem Tätigkeitsbereich in der Fortbildung bei der Bayer Industry Services in Leverkusen habe ich viele dieser Anregungen direkt in die tägliche Praxis umsetzen können.“

Die 16 Teilnehmer des zweiten Jahrgangs absolvierten im Dezember 2004 ihr letztes Seminar und schreiben im Anschluss daran die „Master Thesis“. Der dritte Durchgang des Masterstudiengangs Wissensmanagement soll in diesem Jahr starten.

Bologna-Infos kompakt

Alle Bachelor und Masterstudiengänge können online im Hochschulkompass der Hochschulrektorenkonferenz (HRK) recherchiert werden: www.hochschulkompass.de

Fächergruppen	Abschlussbezeichnungen
Sprach- und Kulturwissenschaften, Sport, Sportwissenschaften, Sozial- und Kunstwissenschaften	Bachelor of Arts (B.A.) Master of Arts (M.A.)
Mathematik, Naturwissenschaften, Medizin, Agrar-, Forst- und Ernährungswissenschaften	Bachelor of Science (B.Sc.) Master of Science (M.Sc.)
Ingenieurwissenschaften	Bachelor/Master of Science (B./M.Sc.) ODER Master of Engineering (M.Eng.)
Wirtschaftswissenschaften	Bachelor/Master of Arts (B./M.A.) ODER Bachelor/Master of Science (B./M.Sc.)
Rechtswissenschaften	Bachelor of Laws (LL.B.) Master of Laws (LL.M.)

Quelle: KMK

Darüber hinaus hat die HRK eine „ServiceStelle Bologna“ eingerichtet, die per E-Mail unter bologna@hrk.de erreichbar ist.

Die am 10. Oktober 2003 von der Kultusministerkonferenz verabschiedeten „Ländergemeinsamen Strukturvorgaben gemäß § 9 Abs. 2 HRG für die Akkreditierung von Bachelor- und Masterstudiengängen“ stehen im Internet unter www.kmk.org/hschule/strukturvorgaben.pdf.

Das Bundesministerium für Bildung und Forschung hat Anfang 2004 die Studie „Bachelor und Master in Deutschland“ veröffentlicht, online abrufbar unter: www.bmbf.de/pub/bachelor_and_master_in_deutschland.pdf

Bologna-Konferenzen:
www.bologna-berlin2003.de und
www.bologna-bergen2005.no

Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät wird immer internationaler

von *Katja Drechsel*

Nicht nur 186 ausländische Studenten sind ein Zeichen dafür, dass unsere Fakultät im Ausland immer attraktiver wird. Ebenso sehen ausländische Doktoranden und Professoren einen Anreiz, nach Chemnitz zu kommen. Auch die rumänische **Professorin Dr. Anca Dachin** sah es als eine Herausforderung, in einem anderen Land zu unterrichten. Im Rahmen der Gastprofessur Europastudien hält sie in diesem Semester verschiedene Vorlesungen in englischer Sprache, z. B. „Sustainable Development“ oder „Economic Transition in Eastern Europe“. Sie selbst studierte an der Academy of Economic Studies in Bukarest Wirtschaftswissenschaften, mit Spezialisierung auf Planung und Kybernetik. Mit einem sehr guten Abschluss im Jahre 1984 war somit der Einstieg in ein rumänisches Wirtschaftsforschungsinstitut 1986 möglich. Das damalige Regime verlangte, dass man zuvor zwei Jahre in der Wirtschaft arbeitete, um in der Forschung tätig zu sein. Frau Dachin war in dieser Zeit in einem Industrieunternehmen tätig und dort für die Produktionsplanung verantwortlich. Mit diesen

praktischen Erfahrungen arbeitete sie bis 1993 am Institute of National Economy, mit Schwerpunkt auf Forschung und Entwicklung der rumänischen Industrie. Danach kehrte Frau Prof. Dr. Dachin wieder an die Academy of Economic Studies zurück und nahm an zahlreichen internationalen Weiterbildungen, beispielsweise in Österreich und Polen, teil, um neue Perspektiven zu erforschen. Seit ihrer Ph.D.-Arbeit zum Thema „Industrielle Umstrukturierung in Rumänien“ hält sie nun Vorlesungen in Volkswirtschaftslehre, Internationaler Wirtschaft und Industrieökonomik am Lehrstuhl für Wirtschaftswissenschaften der Academy of Economic Studies in Bukarest. Durch ihre guten Fremdsprachenkenntnisse unterrichtet sie neben ihrer Muttersprache auch in Englisch, Deutsch und Französisch und veröffentlichte auf diese Weise auch zahlreiche Publikationen. Im Rahmen des BRIE-Projektes kam die Verbindung zur TU Chemnitz zustande, welche durch ihr Studienangebot „European Studies“ auch für ausländische Studenten durch die Möglichkeit eines Doppeldiploms sehr interessant ist. Im Allgemeinen hat sich Frau Prof. Dr. Dachin in Chemnitz gut eingelebt, aber dennoch fehlt ihr ihre Familie und auch die „leeren“ Straßen von Chemnitz sind für sie sehr gewöhnungsbedürftig. Ein großes Lob erteilte sie aber den deutschen Studenten, denn ihrer Meinung nach sind sie ruhiger als die rumänischen und geben sich ziemlich brav.

Stärken und Schwächen Rumäniens auf dem Weg zur EU

von *Jenny Kirchner*

Im Rahmen des "Forum für Europastudien" analysierte die Gastdozentin Fr. Prof. Dr. Anca Dachin, tätig an der Academy of Economic Studies Bukarest, in einem ausführlichen Vortrag, die "Stärken und Schwächen Rumäniens auf dem Weg zur EU".

Die aktuelle Frage war: Wird Rumänien nach der offiziellen Bewerbung 1995, im Jahre 2007 so weit sein, der EU beitreten zu können?

Bedingungen für den Beitritt sind die Einführung einer funktionsfähigen Marktwirtschaft, dass dem Wettbewerbsdruck und dem Konkurrenzkampf standgehalten wird sowie die Beseitigung der inneren Probleme und Probleme der Justiz.

Sicher wird Rumänien noch von vielen als Entwicklungsland bezeichnet. Gründe hierfür sind vor allem die hohe strukturelle Arbeitslosigkeit, welche 2003 noch bei etwa 6 - 7 Prozent lag. Nachdem 1990 die Produktion drastisch gesunken war, entstand als Folge eine hohe Arbeitslosigkeit. Die Menschen wurden damit konfrontiert, sich umorientieren und somit in anderen Bereichen tätig werden zu müssen. Hierzu fehlte jedoch einigen die richtige Einstellung zur Veränderung. Vor allem bei jungen Leuten unter 25 ist die Arbeitslosigkeit recht hoch, sie liegt etwa bei 17,7 Prozent der gesamten Arbeitslosen. Äußerungen, wie „ich habe die Absicht, das Land zu verlassen“, sind nicht selten, werden jedoch nur von wenigsten verwirklicht. Meist sind es diejenigen, die eine sehr gute Ausbildung haben, die sich im Ausland, vor allem in Amerika und Kanada, Arbeit suchen. Diese Abwanderung der „Guten“ und das „Zurückbleiben“ der weniger gut Ausgebildeten belastet Rumänien sehr.

Eine weitere Schwäche des Landes ist die „Lebensweise“ der Bevölkerung. Über 40 Prozent der gesamten Bevölkerung leben auf dem Lande und 34 Prozent der gesamten Beschäftigten sind in der Landwirtschaft tätig. Da aber größtenteils für den eigenen Konsum und nicht für den Markt produziert wird, führt dies zu dem Problem, dass die Landwirtschaft gerade mal einen Anteil von 12,9 Prozent am BIP besitzt. Zu dieser Situation kam es, weil nach der Privatisierung der Landwirtschaft die Flächen nun wieder an die damaligen Besitzer zurückgegeben wurden. Das bedeutete, dass 80 Prozent der Bodenoberfläche in kleine Stücke geteilt wurden und somit nicht wirtschaftlich effizient genutzt werden können. Weitere Probleme, die bei der Verhandlung mit der EU auftreten, sind die mangelhafte Infrastruktur und starke Umweltprobleme, die aufgrund der völligen Strukturumstellung der Wirtschaft bei der Entstehung der Planwirtschaft nach dem 2. Weltkrieg entstanden sind.

Jedoch sind auch die Stärken Rumäniens nicht außer Acht zu lassen. Da wäre zum einen die gute geografische Lage, zum Beispiel der Zugang zum Schwarzen Meer. Er ermöglicht Transporte über den Seeweg und den Zugang zu anderen östlichen Ländern. Zudem bietet Rumänien ein großes Reservoir an Naturressourcen. Es besitzt eine Vielzahl an Bodenformen, so bilden jeweils 1/3 des Landes Gebirge, Hochland und Ebene. Das Flachland ist sehr günstig für die Landwirtschaft, Forstwirtschaft und für die Entwicklung der Lebensmittelindustrie.

Eine relativ hohe Erwerbstätigenquote zeugt außerdem vom Potential des Landes. Die Leute sind bereit zu arbeiten, zudem haben Frauen immer bessere Chancen in fast allen Berufsrichtungen. Von Vorteil ist auch, dass das Ausbildungsniveau relativ hoch ist. Eine weitere positive wirtschaftliche Gegebenheit Rumäniens ist die dynamische Entwicklung der Exporte und die Verbesserung deren Struktur. Im Jahre 2003 waren es vor allem Textilien, Bekleidung und Schuhe (35 Prozent); Maschinen und Ausrüstung (16 Prozent) und metallische sowie mineralische Produkte (jeweils etwa 7 Prozent), die exportiert wurden. Die eigentliche Attraktivität Rumäniens sind die niedrigen Löhne, welche noch weit unter dem Durchschnitt der EU liegen.

Neben den Exporten wurde allerdings auch die Struktur der Importe verbessert. So steht die Modernisierung der Wirtschaft Rumäniens an erster Stelle - ca. 24 Prozent der Importe sind Maschinen. Mineralische Rohstoffe, wie Erdöl und Erdgas, kommen vor allem aus Russland; auch chemische Erzeugnisse sind ein Bestandteil der Importe. Wenn man von Entwicklung spricht, meint man jedoch nicht nur die gute Export- und Importentwicklung, sondern auch den hohen Entwicklungsstand der Informationstechnologie. Zwar herrscht noch ein enormer Unterschied zu manch anderen Ländern, jedoch sollte man nicht aus den Augen verlieren, dass Rumänien ein Markt mit hohem Potential ist und die Menschen bereit sind, viel dazuzulernen.

Die Verbesserung der wirtschaftlichen Lage zeigt sich z. B. auch in der immer weiter sinkenden Inflationsrate. 2003 lag sie etwa bei 15 Prozent, was zwar

unter den mittel- und osteuropäischen Ländern hoch erscheint, aber im Vergleich zum Jahre 1997 (154 Prozent) als großer Fortschritt bezeichnet werden kann. Dass zudem seit 2000 ein durchschnittliches Wirtschaftswachstum von 5 Prozent beobachtet werden konnte, lässt den zukünftigen Aufschwung erahnen. Der Beitritt zur EU stellt somit eine Chance für Rumänien zur weiteren Modernisierung und Stärkung des Landes dar.

29. Workshop der Kommission „Organisation“ an der Technischen Universität Chemnitz

Unter der Leitung von Prof. Dr. Rainhart Lang wird am **24. und 25. Februar 2005** der Workshop der wissenschaftlichen Kommission „Organisation“ in den Seminarräumen des Neuen Hörsaalgebäudes in Chemnitz stattfinden. Unter der Thematik „*Organisationen und Organisieren im Wandel als Herausforderung für die Organisationsforschung*“ besteht die Möglichkeit, an beiden Tagen an unterschiedlichen Themengebieten teilzunehmen und sich entsprechend auszutauschen. Prof. Dr. Lang, der seit Februar 2004 Vorsitzender der Kommission Organisation im Verband der Hochschullehrer für Betriebswirtschaft e.V. ist, richtet den Workshop basierend auf theoretisch-konzeptionellen, methodischen und empirischen Beiträgen aus. So z. B. dürften Themen wie „Entwicklung und Evolution von Organisationen und Organisationsformen im Kontext von Globalisierung und Regionalisierung“ oder „Sprache und Wandel in Organisationen“ für den Workshop interessant erscheinen. Auch englischsprachige Beiträge sind gern gesehen. Weitere Informationen zum Ablauf und zur Anmeldung finden Sie auf der Internetseite: <http://www.tu-chemnitz.de/wirtschaft/bwl5/komorg/kms/index.php>.

Vorankündigung

3. Chemnitzer Symposium „Europa und Umwelt“

Auch in diesem Jahr findet im Rahmen der Europawoche das Chemnitzer Symposium „Europa und Umwelt“ statt. Gemeinsam veranstalten die Professur für Wirtschaftspolitik und die Juniorprofessur für Europäische Wirtschaft am 02. Mai 2005 diese Vortrags- und Diskussionsrunde, welche in diesem Jahr unter dem Thema „Beschäftigungswirkungen der Umweltpolitik“ steht. Die Fakultät erwartet wieder zahlreiche Teilnehmer aus Forschung und Wirtschaft, so z. B. auch Dr. Manuel Frondel, den Leiter des Kompetenzbereichs „Umwelt und Ressourcen“ am RWI Essen sowie Prof. Dr. Rolf-Ulrich Sprenger, Leiter des Bereichs Umwelt, Regionen und Verkehr am Münchner ifo-Institut.



Dr. Manuel Frondel



Prof. Dr. Rolf-Ulrich Sprenger

In diesem Jahr sollen aber weniger die Handlungsmöglichkeiten im privaten Unternehmenssektor im Mittelpunkt stehen, vielmehr soll auf die staatliche Umweltpolitik eingegangen werden und der Zusammenhang zur Arbeitsmarktpolitik als komplexes System betrachtet werden. Weitere Informationen zum Symposium finden Sie auf der folgenden Internetseite: http://www.tu-chemnitz.de/wirtschaft/ewi/symp/symp_2005.php.

„Tag der offenen Tür“ an der TU Chemnitz

„Von der Chemnitzer Universität habe ich insgesamt einen sehr guten Eindruck“, sagte der Zivildienstleistende Matthias Leuschel aus Grimma nach dem Vortrag von Prof. Dr. Claus Scholl über „Interessantes aus der Welt der Wirtschaftswissenschaften“. Er interessiert sich für Psychologie und Pädagogik, aber auch eine Spezialisierung auf Wirtschaft im Rahmen der Pädagogik würde ihn reizen. Die Veranstaltungen am „Tag der offenen Tür“ am 13.01.2005 hätten ihm sehr gut gefallen und im Vergleich zu anderen Universitäten fände er die TU Chemnitz sehr ansprechend und modern.

So wie Matthias Leuschel nahmen auch zahlreiche andere Studieninteressierte die Angebote am „Tag der offenen Tür“ wahr. So war das Foyer des Neuen Hörsaalgebäudes gut gefüllt und der gemeinsame Stand der Wirtschaftswissenschaften hoch frequentiert. Die meisten Nachfragen bezogen sich auf die Spezialisierungsmöglichkeiten im Fach VWL und die Berufsaussichten, die man mit einem Abschluss der Wirtschaftswissenschaften hat. Nach seinem Vortrag über das Studium der Volkswirtschaftslehre stand auch Herr Prof. Dr. Fritz Helmedag den interessierten Schülern Rede und Antwort.

In der Eröffnungsrede des Rektors Prof. Dr. Klaus-Jürgen Matthes wurden den zukünftigen Studenten ausführlich die Standortvorteile der TU Chemnitz nähergebracht. Seine Rede wurde von einem Vertreter des Studentenrats um die Vorzüge des studentischen Lebens in Chemnitz ergänzt und schließlich ging Frau Prof. Dr. Cornelia Zanger (Prorektorin für Studium und Lehre) auf Studi-

enmöglichkeiten und Abschlüsse an der TU Chemnitz ein. Alles in allem ein informativer und unterhaltsamer Tag, der mit Musik der Big Band der TU umrahmt wurde.

Neuerscheinungen in der Schriftenreihe der Chemnitzer Wirtschaftswissenschaftlichen Gesellschaft

von Carolina Welter

Im Dezember 2004 ist der 6. Band der Schriftenreihe der Chemnitzer Wirtschaftswissenschaftlichen Gesellschaft mit dem Titel

„Nachhaltige Entwicklung im Globalisierungsprozess-Gerechtigkeit, Effizienz und internationale Institutionenbildung, Beiträge zum 11. und 12. Mainzer Umweltsymposium“

erschienen.

Herausgeber dieses Bandes sind Prof. Dr. Klaus Dieter John und Dr. Jan A. Schwaab. Die in diesem Band erschienenen Beiträge lauten: *Effizienz und Gerechtigkeit* von Prof. Dr. Georg Tillmann, *Ethische und konzeptionelle Fundierung einer nachhaltigen Entwicklung* von Dr. Ralf Döring, *Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit* von Prof. Dr. Markus Vogt, *Globalisierung der Wirtschaft - Globalisierung der Politik: Internationale Kooperationen und Institutionenbildung zum Schutz des Klimas* von Prof. Dr. Udo Simonis, *Umweltprobleme und Einkommensungleichheit* von Prof. Dr. Dirk Ipsen und *Internationale Handelsordnung und Umweltschutzpolitik* von Prof. Dr. Margareta E. Kulesa.

Der 7. Band der Schriftenreihe der CWG erscheint im Februar 2005 unter dem Titel „Klimapolitik in einer erweiterten Europäischen Union“. Herausgeber dieses Bandes sind Prof. Dr. Klaus Dieter John und Dr. Dirk T. G. Rübhelke.

Der 7. Band beinhaltet Beiträge und Diskussionen zum 1. Chemnitzer Symposium „Europa und Umwelt“. Die in diesem Buch erscheinenden Aufsätze lau-

ten: *Die Klimaproblematik* von Prof. Dr. Mojib Latif, *Burden sharing targets for the EU Bubble in the second commitment period: CO₂ from the energy sector* von Fabian Wagner und Dr. Axel Michaelowa, *Naturkatastrophen und Klimaänderung - Befürchtungen und Handlungsoptionen der Versicherungswirtschaft* von Dr. Gerhard Berz und Dipl. Geogr. Thomas Loster, *CO₂-Emissionshandel in Europa* von Bernd Hansjürgens.

Weitere Bände der Schriftenreihe der Chemnitzer Wirtschaftswissenschaftlichen Gesellschaft:

Band 5: *Selbstverpflichtungen und Mediationen als Verfahren kooperativer Umweltpolitik - theoretische Bezüge und praktische Umsetzungen* von Antje Geldsetzer in 2001.

Band 4: *Die Ökologisierung der Ökonomie* von Andreas A. Busch, Antje Geldsetzer, Jan A. Schwaab, Nicola Simon-Opitz (Hrsg.) in 2001.

Band 3: *Natur und Umwelt* von Hermann Bartmann (Hrsg.), Klaus Dieter John (Hrsg.) in 2000.

Band 2: *Unternehmer und Steuern* von Gero Weber (Hrsg.) in 2000.

Band 1: *Kooperative Umweltpolitik* von Klaus Dieter John (Hrsg.), Hermann Bartmann (Hrsg.) in 1999.

Die einzelnen Bände sind im Shaker Verlag Aachen (www.shaker.de) erschienen.

Arbeitspapiere der Fakultät für Wirtschaftswissenschaften im Jahr 2004

61/2004
Marc Ringel
Elektrizitätswirtschaft und Nachhaltigkeit: Der Teufel im Detail

62/2004
Oliver Roll
Einsatz der Inhaltsanalyse zur Typisierung von Internetnutzern

63/2004
Cornelia Zanger, Dietmar Hauler, Michael Wenisch
Marktkennntnis als Schlüsselgröße zur Erschließung von Marktpotentialen in Osteuropa am Beispiel deutscher KMU der Nahrungs- und Genussmittelindustrie

64/2004
Dirk Rübbecke
Transfers as a Means to Combat European Spillovers
(in Zusammenarbeit mit Eytan Sheshinski, Princeton University/Hebrew University of Jerusalem)

65/2004
B. Hofmann, M. Richter, F. Thießen, R. Wunderlich
Der Cost Average Effekt in der Anlageberatung - Einsatzmöglichkeiten und Grenzen sowie deren mathematische Hintergründe.

Verstärkung der Redaktion

Seit Januar dieses Jahres arbeitet Frau Bettina Knopp als Redakteurin für den CWG-Dialog. Sie wird in den kommenden Wochen das bisherige Konzept der Zeitschrift überarbeiten und dabei ihre Erfahrungen einbringen, die sie bei journalistischen Tätigkeiten im In- und Ausland gesammelt hat. So war sie u. a. bei der Budapester Zeitung beschäftigt.



Bettina Knopp

Zitate und Ökonomie

„Das Leben besteht aus vielen kleinen Münzen, und wer sie aufzuheben weiß, hat ein Vermögen.“
(Jean Anouilh, Schriftsteller und Dramatiker, 1910 - 1987)

„Auf dem Markt glaubt niemand an höhere Menschen.“
(Friedrich Nietzsche, 1844 - 1900)

„Hypothesen sind Gerüste, die man vor dem Gebäude aufführt, und die man abträgt, wenn das Gebäude fertig ist. Sie sind dem Arbeiter unentbehrlich; nur muss er das Gerüste nicht für das Gebäude ansehen.“
(J. W. von Goethe)

„Wer viel Geld hat, ist reich. Wer keine Krankheit hat, ist glücklich!“
(Chinesische Weisheit)

„Das Geld ist leider die Sache, für die man im Leben am meisten zahlen muss.“
(Juliette Gréco)

„Wer der Meinung ist, dass man für Geld alles haben kann, gerät leicht in den Verdacht, dass er für Geld alles zu tun bereit ist.“
(Benjamin Franklin)

„Sollten Ihnen meine Aussagen zu klar gewesen sein, dann müssen Sie mich missverstanden haben.“
(Alan Greenspan)

„Wenn man einem Menschen trauen kann, erübrigt sich ein Vertrag. Wenn man ihm nicht trauen kann, ist ein Vertrag nutzlos.“
(Jean Paul Getty, 1892 - 1976)

„Man könnte viele Beispiele für unsinnige Ausgaben nennen, aber keines ist treffender als die Errichtung einer Friedhofsmauer. Die, die drinnen sind, können sowieso nicht hinaus, und die, die draußen sind, wollen nicht hinein.“
(Mark Twain, US-Schriftsteller, 1835 - 1910)

„Es gibt nichts, was so verheerend ist, wie ein rationales Anlageverhalten in einer irrationalen Welt.“
(John Maynard Keynes, 1883 - 1946)

Veranstaltungstermine

17.02.2005

Workshop zum Thema „Kostenabrechnung und Vorbereitung für Auditzertifikate von Projekten im RP6“

Deutsches Zentrum für Luft- und Raumfahrt, Königswinterer Str. 522 - 524, 53227 Bonn (Raum 309)

Als Sprecher werden ein Mitarbeiter der Europäischen Kommission sowie ein Experte, der bereits für die Kommission Audits erfolgreich abgeschlossen hat, teilnehmen.

Weitere Informationen:

<http://www.rp6.de/service/veranstaltungen>.

03.04.2005, 10.30 - 12.00 Uhr

SonntagsUni der TU Chemnitz,
Raum 2/N 012

Vortrag von Prof. Dr. Fritz Helmedag
„Zur Rationalität der Staatsverschuldung“

Max-Planck-Institut zur Erforschung von Wirtschaftssystemen:

07.02.2005

Entrepreneurship, Growth and Public Policy Workshop

„Workshop on Entrepreneurship and Culture“

15.02.2005, 16.15 - 17.45 Uhr

Vortrag von **Rögnvaldur Samundsson**,
Reykjavik

„Conceptualizing the growth process in young technology-based firms“

17.02.2005, 16.00 - 17.30 Uhr

Brown Bag Seminar - Vortrag von **Michael Dahl**, Aalborg

„Are you experienced?“

22.02.2005, 16.15 - 17.45 Uhr

Vortrag von **Alexander Gerybadze**,
Hohenheim

„Global innovation: multinational corporations vs. regional competence clusters“

24.02.2005, 12.00 - 13.30 Uhr

Brown Bag Seminar - Vortrag von **Peter Kenning**, Münster

„Economic decision making - some insights from neuroeconomics“

08.03.2004, 16.15 - 17.45 Uhr

Vortrag von **Harald Wiese**, Leipzig

„What price a left glove“

Impressum:

Herausgeber: Chemnitzer Wirtschaftswissenschaftliche Gesellschaft e.V.

c/o Fakultät für Wirtschaftswissenschaften,
TU Chemnitz, 09107 Chemnitz

Annahme von Beiträgen und Redaktion:
Dr. Dirk Rübhelke, Reichenhainer Str. 39,
Zi. 107, Telefon: 0371/531-4212,
Telefax: 0371/531-3963, E-mail:
dirk.ruebhelke@wirtschaft.tu-chemnitz.de

Bettina Knopp, Reichenhainer Str. 39,
Zi. 108, Telefon: 0371/531-4196, Telefax:
0371/531-3963, E-mail: bettina.knopp@s2001.tu-chemnitz.de

Layout: Marlene Richter, Reichenhainer Str. 39,
Zi. 518, Telefon: 0371/531-4197, E-mail: marlene.richter@wirtschaft.tu-chemnitz.de

ISSN (Print-Ausgabe): 1610-8248

ISSN (Internet-Ausgabe): 1610-823X

■
CHEMNITZER WIRTSCHAFTSWISSENSCHAFTLICHE GESELLSCHAFT
C/O FAKULTÄT FÜR WIRTSCHAFTSWISSENSCHAFTEN
TECHNISCHE UNIVERSITÄT CHEMNITZ
REICHENHAINER STR. 39
09107 CHEMNITZ